

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Sonderausgabe

Bonn, Anfang November 1964

Frankreich nach dem Sturz Chruschtschows

Eine Analyse der französischen Politik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Palastrevolution im Kreml, die Explosion der chinesischen Atomombe, der britische Laboursieg und die bevorstehenden amerikanischen Präsidentenwahlen stellen Frankreich vor eine Reihe neuer Probleme. Die Ironie will es, daß von den "Vier Großen" nur Frankreich - bis auf weiteres - von politischen Erschütterungen verschont ist. De Gaulle hatte Stalin, Roosevelt und Churchill als Partner und Gegenspieler. Kennedy, Chruschtschow und Macmillan betrachtete er nur als "Nachfahren" großer Männer und "würdigte" sie dementsprechend. Nun hat er als Staatsmann auch sie überlebt und betrachtet die gegenwärtigen Regimewechsel in den Hauptstädten der "Drei Großen" - Washington, Moskau und London - mit Gelassenheit und Skepsis. Zunächst sieht man in Paris im Sturz Chruschtschows vor allem eine Rechtfertigung der bisherigen französischen Außenpolitik, die sich nicht einseitig auf Moskau und gegen Peking festgelegt hat, sondern mit beiden kommunistischen Weltreichen, unabhängig von ideologischen Vorgängen, gute Beziehungen suchte. De Gaulle fühlt sich in seiner Politik auch durch die chinesische Atomombe bestärkt und wird jetzt eine Reihe von Forderungen zweifellos mit noch größerem Nachdruck stellen: Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen, allgemeine Friedenskonferenz für Vietnam und überhaupt für Südostasien, internationale Konferenz für atomare Abrüstung mit Beteiligung Frankreichs und Chinas. Am Vorabend der französischen Präsidentenwahlen des kommenden Jahres haben die außenpolitischen Ereignisse aber auch einen wesentlichen Einfluß auf die französische Innenpolitik. - Wegen der Bedeutung dieser Entwicklung, auch für das deutsch-französische Verhältnis, haben wir unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer, gebeten, die Politik de Gaulles zu analysieren.

* * * Die Redaktion

Gaullistische Widersprüche

Der Gaullismus befindet sich gegenwärtig in einer besonders widersprüchsvollen Situation. Einerseits muß er vor den Neuwahlen für eine günstige Volksstimmung sorgen, um seine Wähler zu behalten und neue zu gewinnen, andererseits ist er durch sein eigenes "Prinzip" festgelegt, Forderungen dieser oder jener Volksschicht - Bergarbeiter, Milchbauern, Kriegesopfer, usw. - "niemals" nachzugeben.

Der gleiche Widerspruch zeigt sich auch in seinem Verhältnis zu den Mittelparteien. Einerseits bemüht sich die UNR-Führung, ihre eige-

ne Basis zur Mitte hin zu erweitern; nachdem die kleine Gruppe der UDT ("Linksgaullisten") zum Zusammenschluß mit der UNR bewogen werden konnten, sollen jetzt auch Persönlichkeiten der christlich-demokratischen MRP, der freisinnigen Radikalen und sogar der SFIO für eine "positive Zusammenarbeit" gewonnen werden. Andererseits richtet sie ihr propagandistisches Feuer hauptsächlich gegen diese demokratischen Mittelparteien, versucht sie von sich abzustößt und sie jedenfalls in der Öffentlichkeit so weit wie möglich zu diskreditieren.

Die gaullistische "Zweiparteientheorie"

Dem entspricht die gaullistische "Zweiparteientheorie". Sie ist nicht neu und wurde eigentlich schon vor de Gaulles Rückkehr zur Macht, in der Zeit der RPF (Versuch der ersten gaullistischen Partei-Gründung; Rassemblement du Peuple Français) Anfang der 50er Jahre entwickelt. Die damalige demagogische Behauptung, nur Gaullisten und Kommunisten seien in Frankreich lebensfähige Kräfte, die demokratischen Mittelparteien aber, auf welchen die Vierte Republik beruhte, nichts weiter als "politischer Staub", hat heute nach dem dramatischen Untergang der Vierten Republik, dem Triumph des autoritären Gaullismus und dem dazu parallel erfolgten Aufschwung der KPF eine noch viel schwerwiegendere Bedeutung.

Während nämlich in den anderen Ländern des demokratischen Westens das Zweiparteiensystem im allgemeinen aus Konservativen und Sozialdemokraten besteht, sieht der Gaullismus ausdrücklich als politischen Gegenspieler nicht eine demokratische Linkspartei oder eine reformistische Arbeiterpartei, sondern die KPF, an der jetzt nachträglich und neuerdings allerlei nationale Tugenden entdeckt werden.

Die Mittelparteien werden von gaullistischer Seite faktisch aufgefordert, sich diesem Dualismus zu fügen oder - mit anderen Worten - von den beiden Mühlsteinen Gaullisten und Kommunisten zerreiben zu lassen. So meinte der gaullistische Innenminister Frey kürzlich - er ist nur einer der zahlreichen Wahl- und Wanderredner der UNR-UDT -, ein Teil der Sozialisten des MRP, der Unabhängigen und der Radikalen möge sich doch einfach einem kommunistisch geführten "kollektivistischen Block" anschließen, ein anderer Teil der gleichen Mittelparteien aber unter die schützenden Fittiche des Gaullismus begeben.

Taktik oder Strategie ?

Es handelt sich dabei nicht nur um kurzfristige Wahlpropaganda, sondern um eine weltanschauliche Grundthese des Gaullismus, nämlich seine Absage an die herkömmliche parlamentarische Demokratie und somit an die traditionellen Parteien des französischen Parlamentarismus, nämlich Freisinnige, Sozialdemokraten und Christdemokraten.

Selbstverständlich ist die UNR-UDT bestrebt, auf Kosten der Mittelparteien Wählerstimmen zu gewinnen und das bisherige demokratische Zentrum aus dem politischen Leben Frankreichs immer mehr auszuschalten. Daß die gaullistische Führung aber bei gleicher Gelegenheit die KPF aufzuwerten versucht, gibt zu denken. Solange der Gaullismus parallel zur KPF als Minderheit in der Opposition stand, gehörte ein Zu-

sammengehen der beiden extremen Fraktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu den üblichen Manövern eines politischen Kampfes, der allerdings in tragischer Weise zum Untergang der Vierten Republik und hart an den Rand des faschistischen Abenteuers führte. Im Mund einer verantwortlichen Regierungspartei hat die gleiche "Argumentation" aber doch ganz anderes Gewicht.

So richtet die UNR-UDT ihre Propaganda hauptsächlich gegen die Mittelparteien, denen sie jede Existenzberechtigung abspricht; ausgerechnet die Kommunistische Partei Frankreichs soll als lebensfähige Kraft der politischen Opposition die Alternative zum Gaullismus stellen.

Man fragt sich, ob die UNR-UDT auch nach Chruschtschows Sturz diese Konstruktion ernst meint, ob sie nur Stimmenfang bezweckt, nämlich Wähler, die aus Angst vor einem kommunistischen Experiment und angesichts der "Aussichtslosigkeit" der demokratischen Mitte, also sozusagen aus Resignation gaullistisch wählen - oder ob von gaullistischer Seite der KPF tatsächlich die Rolle einer legalen Oppositions- und späterhin eventuell auch einer Regierungspartei zumindest theoretisch zuerkannt wird.

Selbst eine theoretische Anerkennung der KPF nicht nur als legale, sondern auch als regierungsfähige Partei, wäre von weittragenden politischen Folgen für Frankreich und für Europa.

Gaullistische "Schwäche" für die KPF

Nun ist die politische Achtung, die der Gaullismus dem französischen Kommunismus zollt, gar nicht so theoretisch, wenn man das Verhältnis zwischen beiden Richtungen seit zwanzig Jahren überdenkt: General de Gaulle akzeptiert 1944 den "Deserteur" Maurice Thorez als Staatsminister und anerkennt seine Rolle für die nationale Einigung Frankreichs noch 1964.

Nur in einer relativ kurzen Periode brandmarkte General de Gaulle die KPF als "separatistisch"; das war in der Zeit des "Kalten Krieges". Seit dieser "Kalte Krieg" zwischen West- und Ostblock abgeflaut ist und nach gaullistischer Auffassung jedenfalls keine Existenzberechtigung mehr hat, kann in Frankreich erst recht keine Rede mehr von einem grundsätzlichen Gegensatz zwischen Gaullisten und Kommunisten sein. Das war die These bis zum Sturz Chruschtschows. Ist sie auch jetzt noch aufrechtzuerhalten? Zunächst wird in einem Frankreich, das sich immer mehr vom Atlantikpakt abgrenzt und gute Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern sucht, die KPF automatisch wieder hoffähig und gegebenenfalls sogar regierungsfähig. Das ist der sehr wesentliche außerpolitische Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung in Frankreich.

Kommunistische Toleranz für de Gaulle

Schon die Rückkehr de Gaulles zur Macht vollzog sich bekanntlich mit ausgesprochener Tolerierung der KPF, zweifellos mit ausdrücklicher Weisung aus Moskau. Man kann sogar sagen, daß die reibungslose Machtergreifung de Gaulles 1958 ohne Duldung durch die KPF und des von ihr gelenkten stärksten französischen Gewerkschaftsbundes CGT überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

sammengehen der beiden extremen Fraktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu den üblichen Manövern eines politischen Kampfes, der allerdings in tragischer Weise zum Untergang der Vierten Republik und hart an den Rand des faschistischen Abenteuers führte. Im Mund einer verantwortlichen Regierungspartei hat die gleiche "Argumentation" aber doch ganz anderes Gewicht.

So richtet die UNR-UDT ihre Propaganda hauptsächlich gegen die Mittelparteien, denen sie jede Existenzberechtigung abspricht; ausgerechnet die Kommunistische Partei Frankreichs soll als lebensfähige Kraft der politischen Opposition die Alternative zum Gaullismus stellen.

Man fragt sich, ob die UNR-UDT auch nach Chruschtschows Sturz diese Konstruktion ernst meint, ob sie nur Stimmenfang bezweckt, nämlich Wähler, die aus Angst vor einem kommunistischen Experiment und angesichts der "Aussichtslosigkeit" der demokratischen Mitte, also sozusagen aus Resignation gaullistisch wählen - oder ob von gaullistischer Seite der KPF tatsächlich die Rolle einer legalen Oppositions- und späterhin eventuell auch einer Regierungspartei zumindest theoretisch zuerkannt wird.

Selbst eine theoretische Anerkennung der KPF nicht nur als legale, sondern auch als regierungsfähige Partei, wäre von weittragenden politischen Folgen für Frankreich und für Europa.

Gaullistische "Schwäche" für die KPF

Nun ist die politische Achtung, die der Gaullismus dem französischen Kommunismus zollt, gar nicht so theoretisch, wenn man das Verhältnis zwischen beiden Richtungen seit zwanzig Jahren überdenkt: General de Gaulle akzeptiert 1944 den "Deserteur" Maurice Thorez als Staatsminister und anerkennt seine Rolle für die nationale Einigung Frankreichs noch 1964.

Nur in einer relativ kurzen Periode brandmarkte General de Gaulle die KPF als "separatistisch"; das war in der Zeit des "Kalten Krieges". Seit dieser "Kalte Krieg" zwischen West- und Ostblock abgeflaut ist und nach gaullistischer Auffassung jedenfalls keine Existenzberechtigung mehr hat, kann in Frankreich erst recht keine Rede mehr von einem grundsätzlichen Gegensatz zwischen Gaullisten und Kommunisten sein. Das war die These bis zum Sturz Chruschtschows. Ist sie auch jetzt noch aufrechtzuerhalten? Zunächst wird in einem Frankreich, das sich immer mehr vom Atlantikpakt abgrenzt und gute Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern sucht, die KPF automatisch wieder hoffähig und gegebenenfalls sogar regierungsfähig. Das ist der sehr wesentliche außenpolitische Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung in Frankreich.

Kommunistische Toleranz für de Gaulle

Schon die Rückkehr de Gaulles zur Macht vollzog sich bekanntlich mit ausgesprochener Tolerierung der KPF, zweifellos mit ausdrücklicher Weisung aus Moskau. Man kann sogar sagen, daß die reibungslose Machtergreifung de Gaulles 1958 ohne Duldung durch die KPF und des von ihr gelenkten stärksten französischen Gewerkschaftsbundes CGT überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Das gaullistische Regime wußte dieses Verhalten zu schätzen und vergilt es ihrerseits mit Duldung der KPF und der CGT in der neuen Legalität. Die KPF und die CGT konnten ihre Stellung im neuen Regime im Vergleich zu der vorhergehenden Vierten Republik nicht nur zahlenmäßig, sondern auch bezüglich ihrer "Gesellschaftsfähigkeit" verbessern.

Der Grund für diese Entwicklung ist klar: Da die Fünfte Republik zum Unterschied von ihrer Vorgängerin nicht mehr einseitig auf den Atlantikpakt oder auf eine Front gegen die Sowjetunion festgelegt ist, sondern im Gegenteil eine Lockerung oder Reformierung der atlantischen Bindungen und eine Verständigung o h n e USA "vom Atlantik bis zum Ural" anstrebt, glaubt sie, die französischen Kommunisten nicht mehr als "Agenten einer feindlichen Macht" - nämlich der Sowjetunion - fürchten zu müssen, sondern meint, ihre neue Außenpolitik sogar mit Unterstützung dieser KPF durchführen zu können.

Außenpolitik als entscheidender Faktor

Andererseits verlieren die demokratischen Mittelparteien, die traditionellerweise auf europäische Integration und atlantische Gemeinschaft eingestellt sind, für den Gaullismus als eventuelle Bündnispartner jeden Wert. So erklärt sich also nicht nur aus vorübergehenden taktischen, sondern grundsätzlichen strategischen Erwägungen die ablehnende Hsltung des Gaullismus gegenüber den republikanischen Mittelparteien und sein Bestreben, die kommunistische Opposition wieder gesellschaftsfähig zu machen.

Die KPF ist heute in Frankreich vom gaullistischen Standpunkt keine "separatistische" Partei mehr. Parallel zur "Europäisierung" der Sowjetunion ("Europa vom Atlantik bis zum Ural") will man auch eine "Europäisierung" und sogar eine "Westeuropäisierung" der KPF sehen. Mit dem neuen Regime in Moskau wird der Gaullismus seine Hoffnungen oder Illusionen allerdings etwas zurückschrauben müssen. Seine These würde durch den Streit zwischen Moskau und Peking gestärkt, in welchem gerade die KPF besonders entschieden für die "reformistischen" und "revisionistischen" Auffassungen Chruschtschows und gegen die "radikalen" und "dogmatischen" Ideen Maos Stellung nahm. So wurde die KPF als oppositioneller Gesprächspartner für den französischen Gaullismus - aus vorwiegend außenpolitischen und daraus folgernd auch innenpolitischen Gründen - "geeigneter" als die auf Parlamentarismus und Westallianz festgelegte demokratische Mitte.

* * *

Kommunistische Chancen

Die Chancen der KPF sind in der Fünften Republik weitaus günstiger als in dem vorhergehenden Regime. In der Vierten Republik begann die KPF ihre Laufbahn wohl als Regierungspartei unter dem Vorsitz von General de Gaulle, wurde aber 1947 - auf Initiative des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier - ausgebootet und galt von da ab nicht mehr als regierungsfähig.

Die europäische und atlantische Außenpolitik der Koalitionsregierungen der Vierten Republik drängte Kommunisten und Gaullisten (RPF, später "Sozialrepublikaner") in die Opposition und führte oftmals zu ihrer Einheitsfront gegen die demokratische Linke und Mitte.

Die KPF in der Fünften Republik

So ist es kein Zufall, daß de Gaulles Rückkehr zur Macht 1958 von der KPF mit einem weinenden und einem lachenden Auge beobachtet und schließlich bewußt toleriert wurde; Moskau hoffte nicht zu Unrecht, daß der Pariser Regimewechsel auch zu einer Änderung der französischen Außenpolitik führen könnte, zu einer Lockerung und späterhin vielleicht zu einer Auflösung des atlantischen Bündnisses und zu einer neuen Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion.

Das gaullistische Regime öffnet nicht nur der sowjetischen Außenpolitik neue Chancen, sondern auch der KPF in der französischen Innenpolitik. Das geschah und geschieht zunächst durch die systematische Schwächung und Diskriminierung der europäisch und atlantisch eingestellten republikanischen Mittelparteien. Die Erschütterung und Zermürbung der demokratischen Mitte führt unvermeidlich zu einer Stärkung der Extreme. Hinzu kommt aber noch die immer deutlichere Anerkennung und indirekte Förderung der KPF und ihrer Parallelorganisationen in der Fünften Republik, so, als ob das Regime dadurch die "Partei des Maurice Thorez" noch mehr "zähmen" wollte.

Die KPF hat dieses Spiel verstanden und ging von Anfang an darauf ein. Natürlich stimmt die kommunistische Presse kein hemmungsloses Loblied auf de Gaulle an. Ihre Agitation und Propaganda ist subtiler. Schrittweise werden immer mehr "positive" und "realistische" Züge in de Gaulles Außenpolitik entdeckt und dem einfachen kommunistischen Parteigänger schmackhaft gemacht, wobei "andererseits" das "régime personnel" und die "reaktionäre Sozialpolitik" weiterhin im alten Jargon gegeißelt werden; allerdings mit immer mehr Nuancen. Wer die Geschichte und die Methoden der Komintern und der KPF im besonderen kennt, weiß, daß diese "tropfenweise" Änderung von größter Bedeutung ist und unter Umständen eine spektakuläre Wendung vorbereitet.

Die Frage ist, ob diese Entwicklung jetzt durch den Regimewechsel in Moskau gehemmt werden konnte. Bis jetzt gibt es keine Anzeichen dafür, daß das Verhältnis zwischen de Gaulle und den neuen Machthabern des Kreml getrübt werden könnte.

Der Selbsterhaltungstrieb des KPF-Apparates

Treibende Faktoren für die progaulistische Haltung der KPF sind nicht nur die direkten Weisungen aus Moskau, also das Interesse der sowjetischen Außenpolitik, das gerade von den französischen Stalinisten wie von keiner anderen kommunistischen Partei Westeuropas stets streng beachtet wurde, sondern auch ein mächtiger Selbsterhaltungstrieb dieser Massenpartei, die seit dem zweiten Weltkrieg in Frankreich fast unverändert über durchschnittlich 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen verfügt, d.h. über absolute Mehrheiten in einer Reihe von Stadtverwaltungen, über einen gut eingespielten Apparat und entsprechendes Vermögen. Es ist klar, daß eine derartige Partei weitgehend in die "bürgerliche Legalität" hineingewachsen und bestrebt ist, ihre materiellen Privilegien zu behalten.

Ob dies auch Ansatzpunkt zur Entwicklung eines französischen Nationalkommunismus ist, bleibt noch eine Frage der geistigen Entwicklung der Führungsgremien der KPF. Maurice Thorez, zum Unterschied von den anderen europäischen Kommunistenführern wie Togliatti, Tito und Maurer, war bis zuletzt bedingungsloser Gefolgsmann der Sowjets und hielt sehr lange an den stalinistischen Dogmen fest. Nationalkommunistische Tendenzen und Strömungen wurden in der KPF stets unterdrückt und ausgeschlossen.

KPF und KP Italiens

Die Ausschaltung Chruschtschows stürzte die KPF in eine neue Krise. Bezeichnenderweise vermied sie zum Unterschied von fast allen kommunistischen Parteien nach den Moskauer Ereignissen jede Stellungnahme. Der Nachfolger von Maurice Thorez, Generalsekretär Waldeck-Rochet, weigerte sich sogar, dem Drängen seiner Parteigenossen nachzugeben und seine Algerierreise zu unterbrechen. Während in Moskau und Peking größte Veränderungen im Gange waren und die Pariser Kommunistenführung nach einer Erklärung suchte, setzte Waldeck-Rochet seelenruhig seine Reise von Algier nach Oran fort.

In besonders krassen Gegensatz steht dieses Verhalten zur raschen und deutlichen Reaktion der KP Italiens, die sofort in einer Entschliebung die Fortsetzung des liberalen Kurses verlangte. Die KPF hat mit der KP Italiens nur einige Äußerlichkeiten gemeinsam: Beide Parteien wirken in westeuropäischen lateinischen Ländern, beeinflussen einen hohen Prozentsatz der Wähler und der öffentlichen Meinung und gehören überhaupt zu den stärksten "Sektionen" der kommunistischen Internationale im "kapitalistischen Ausland".

Während die KPI aber an der Spitze des "Revisionismus" steht und mit Togliatti den Marxismus-Leninismus tatsächlich "weiterentwickelte", d.h. den westeuropäischen Bedingungen angepaßt hat, sind in der KPF auf diesen Gebieten nicht einmal Ansätze festzustellen. Die Partei des Maurice Thorez und wie man sieht auch seiner Nachfolger, beharrt eigensinnig und unbeweglich auf den Spuren der Moskauer Führung.

Keine politische Selbständigkeit

Seit Stalins Tod hat sich die KPF in ihrer Unbeweglichkeit und ihrem Superstalinismus mehrmals blamiert und ist vielleicht gerade deshalb jetzt besonders vorsichtig. So hob sie seinerzeit allzu früh Malenkov auf ihr Schild, obwohl sie eigentlich hätte wissen müssen, daß Chruschtschow schon im Kommen war. Dann wieder stemmte sie sich gegen Chruschtschows Entstalinisierungskurs so lange wie möglich, machte gemeinsame Sache mit den albanischen Stalinisten und warf auf Tito Steine, als dieser in Moskau bereits rehabilitiert war. Auch im Zwist zwischen Chruschtschow und Mao Tse-tung entschloß sich die KPF sehr spät, für den Kreml Stellung zu nehmen.

All das waren leider keine Beweise politischer Selbständigkeit, sondern geistiger Trägheit. Besorgt war und ist das französische Politbüro mit oder ohne Thorez nicht um einen selbständigen Kurs, sondern nach wie vor um eine möglichst moskautreue Linie.

Die KPF gegen Defferre

Das Versagen der KPF nach dem Chruschtschow-Sturz zerstört viele Illusionen, die man in Frankreich noch über die Entwicklungsmöglichkeit dieser Partei nach Thorez haben konnte. Hinzu kommt die eindeutige Weigerung der KPF, die Kandidatur des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gaston Defferre zu unterstützen. Die Erfahrung zeigt, daß die französische KP von allen kommunistischen Parteien Europas am weitesten zurück ist und daß wenig Hoffnungen auf eine Liberalisierung bestehen.

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird die KPF also im nächsten Jahr einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen, um auf diese Weise die demokratische Opposition zu

schwächen und de Gaulle oder einem anderen gaullistischen Kandidaten zum sicheren Sieg verhelfen.

Die beiden Mühlsteine Gaullismus und Kommunismus mahlen in Frankreich bis jetzt mit Erfolg. Wer trägt letzten Endes den Gewinn davon? Das wird sich zeigen, wenn de Gaulle eines Tages die Bühne verläßt.

Probleme der demokratischen Opposition

Die große Mißtrauensdebatte in der französischen Nationalversammlung - die erste in dieser Legislaturperiode - zeigte in der letzten Oktoberwoche 1964 in anschaulicher Weise die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der französischen Opposition. Niemand rechnete damit, daß die Opposition in der gegenwärtigen Nationalversammlung auch nur annähernd 241 Abgeordnete um sich sammeln könnte, die zum Sturz der Regierung notwendig sind. Man erwartete nicht einmal 200 Stimmen, und es waren 209, wobei regierungstreue Abgeordnete der "Unabhängigen Republikaner", d.h. der Partei des Finanzministers Giscard d'Estaing, gleichfalls gegen die Regierung stimmten; offensichtlich aus Angst, in den Parlamentswahlen des nächsten Jahres ihr Mandat zu verlieren.

Diese Angst vor den französischen Bauernwählern (ungefähr 14 Prozent der gesamten Wählerschaft) ist bezeichnend und wird nur durch die von der anderen Seite her wirkende Furcht vor der Autorität des Präsidenten-Generals aufgewogen. Es ist nicht leicht, heute in der französischen Nationalversammlung regierungstreuer Abgeordneter zu sein. Für die demokratische Opposition gibt es wirkliche Chancen, die mit dem Naherrücken der Präsidentenwahl wachsen.

Die Gemeinde- und Kommunalratswahlen beweisen bereits, daß der Gaullismus südlich der Loire in der Minderheit ist und im nördlichen Teil des Landes nur noch über eine relative Mehrheit verfügt. Dieser Tatbestand muß sich auch in den nächsten Parlamentswahlen auswirken, trotz des gegenwärtig für Frankreich ungeeigneten Wahlrechts. Der wichtigste Hebel der politischen Machtverschiebung ist aber in der gegenwärtigen Verfassung die Präsidentenwahl 1965.

Noch weiß man nicht mit Gewißheit, ob General de Gaulle selbst als Kandidat für ein ganzes neues Septennat antritt oder ob er einen Mann seiner Wahl befürwortet, beispielsweise Georges Pompidou. Im einen oder anderen Fall wären die Möglichkeiten und Chancen der Opposition verschieden. De Gaulles persönliches Prestige wäre auch 1965 noch für jeden oppositionellen Kandidaten eine "harte Nuß". Mit oder ohne de Gaulle stehen aber für die demokratischen Parteien Frankreichs grundsätzliche Fragen, die jedenfalls gelöst werden müssen.

Zersplitterung

Nach dem britischen Laboursieg und den eindeutigen Wahlerfolgen der SPD stehen auch die demokratischen Kräfte Frankreichs mit den Präsidentenwahlen des kommenden Jahres vor einer entscheidenden Kraftprobe.

Die Tragik der demokratischen Kräfte Frankreichs liegt in ihrer Zersplitterung. Eine schwere Belastung ist die Existenz einer starken kommunistischen Partei, die seit langer Zeit mit demagogischen Phrasen Wähler anzieht. Darüber hinaus sind die Kräfte der demokratischen Linken und der Mitte heute in Frankreich immer noch in mehrere Parteien

gespalten: SFIO, Radikale, Widerstandsdemokraten, Linksrepublikaner und MRP (Christliche Volksrepublikaner).

Zahlreiche Einigungs- und Sammlungsversuche wurden unternommen, führten aber bis jetzt nur zu gelegentlichen Abkommen oder Rahmenverbänden, obgleich die politischen Differenzen angesichts der heute stehenden Probleme nicht unüberbrückbar sind und jedenfalls nicht mit den Grenzlinien und Konturen der einzelnen Parteien und Gruppen identisch sind, sondern eher diese quer durchlaufen. Das gilt sowohl für das "Rassemblement Démocratique" (Radikale und Linksrepublikaner), als auch für das "Centre Démocratique" (christdemokratische Volksrepublikaner MRP und "Gemäßigte").

Präsidentenkampagne als Motor

Die nunmehr begonnene Präsidentenwahlkampagne sollte sich als einigender Faktor auswirken. Das ist der Sinn der Kandidatur des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Marseille Gaston Defferre. Interessanterweise wurde er zuerst nicht von seiner Partei nominiert, sondern von parteilosen, liberalen Kreisen, wahrscheinlich um auf diese Weise die Einigung der verschiedenen demokratischen Richtungen zu erleichtern.

Dann erst hatte sich Defferre - nicht ohne Schwierigkeiten - in seiner eigenen Partei durchzusetzen, die nach langen Debatten auf einem außerordentlichen Parteitag seine Kandidatur unterschrieb, ohne ihm aber parteirätig die Hände zu binden.

Sperrfeuer gegen Defferre...

Defferre hat seither auch die Unterstützung der Radikalen und der Widerstandsdemokraten bekommen, die ihn auf ihrem letzten Parteitag in Arcachon auf ihren Schild hoben. Ausschlaggebende Kräfte haben ihm aber bis jetzt die Zustimmung versagt, nämlich die christlichen Volksrepublikaner (MRP) und - die Kommunisten. Interessanterweise werden für diese Weigerung von beiden Seiten ähnliche Argumente gebraucht: man verlangt von Defferre bindende politische Zusagen, wie wenn es sich nicht um eine Staatspräsidentenwahl handele, sondern um eine Parlamentswahl oder Regierungsbildung. Defferre hat dieses Ansinnen abgelehnt; als Präsidentschaftskandidat der ganzen demokratischen Opposition hat er kein detailliertes Wahlprogramm aufzustellen, das ist Aufgabe der Parteien in den Wahlen zur Nationalversammlung. Defferre will nicht als Nachfolger de Gaulles Frankreichs Politik in diktatorischem oder autoritärem Sinn festlegen, sondern Garant der republikanischen Verfassung sein.

... von der MRP

Defferres Widersacher von links und rechts haben andere politische Absichten. Die MRP wünscht die freiwillige Selbstauflösung der bisherigen demokratischen Parteien und einen Zusammenschluß auf neuer Ebene. Das fällt um so leichter, als sie, zum Unterschied von den Sozialisten und Radikalen, keine bis in das vorige Jahrhundert zurückreichende Tradition besitzt, sondern erst im letzten Krieg - eigentlich erst nach dem Krieg - entstanden ist und über kein eigentliches Grundgesetzprogramm verfügt.

Von den demokratischen Oppositionsparteien steht die MRP dem gaullistischen Regime am nächsten. Daß aber sie der Stimmung in der

französischen Bevölkerung ebenfalls Rechnung tragen muß, zeigt die Entscheidung ihres am weitesten rechts stehenden Chefs Pierre Pflimlin - letzter Ministerpräsident der Vierten Republik und heute immer noch Bürgermeister von Straßburg -, in der großen Mißtrauensdebatte Ende Oktober 1964 gegen die Regierung zu stimmen, nachdem er sonst keine Gelegenheit versäumte, für de Gaulle eine Lanze zu brechen und seine Parteifreunde vor "unbedachten" Schritten zurückzuhalten.

Allerdings beschränkte die MRP ihr Mißtrauensvotum zunächst auf die bloße Agrarfrage. De Gaulles ultimativer Ton gegenüber den EWG-Partnern und die ganze gaullistische Aussenpolitik zwingen aber auch die MRP immer mehr zu einer grundsätzlichen politischen Opposition und zu einer Annäherung mit den anderen europäisch orientierten demokratischen Parteien. Man darf nicht vergessen, daß die MRP-Minister gerade aus aussenpolitischen Gründen vor einigen Jahren de Gaulles Regierung verließen. Bis jetzt verfügt die MRP über keine Persönlichkeit, die es wagen könnte, 1965 neben Defferre gegen de Gaulle anzutreten. Wahrscheinlich wird sie noch schwere innere Kämpfe durchmachen, ehe sie für die Präsidentenwahl eine Entscheidung trifft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die relativ kleine Partei der französischen Christdemokraten letzten Endes ihren Anhängern die Wahl freistellt.

... und den Kommunisten

In ähnlicher Weise versuchen auch die Kommunisten Defferre in ihrem Sinn politisch "festzulegen". Sie fordern seit Jahr und Tag Verhandlungen zur Ausarbeitung eines "gemeinsamen politischen Programms". Nur unter dieser Bedingung wollen sie auf die Aufstellung einer eigenen Splitterkandidatur verzichten. Man nimmt an, daß der kommunistische Gewerkschaftsvorsitzende Benoit Fraichon für diese traurige Mission vorgemerkt ist.

Wer den sozialdemokratischen Bürgermeister von Marseille kennt, weiß, daß er den kommunistischen Drängen auf keinen Fall nachgeben wird. Er regiert in seiner Stadt seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit den Mittelparteien und ist schon aus diesem Grunde der KPF ein Dorn im Auge. Maßgebend für die kommunistische Haltung sind aber, wie wir sahen, vor allem aussenpolitische Motive. Defferre ist ein betonter Anhänger des atlantischen und europäischen Kurses und das allein genügt der KPF, im entscheidenden Fall eine Parole auszugeben, die eine Präsidentschaft de Gaulles oder eines gaullistischen Kandidaten sicherstellt.

Es fragt sich nur, ob die KPF angesichts der öffentlichen demokratischen Meinung eine derartige Lösung bis zuletzt aufrechterhält und in welchem Maße andererseits die französischen Wähler, die sonst in Parlaments- oder Gemeinderatswahlen kommunistisch stimmen, in der hochpolitischen Präsidentenwahl einem aussichtslosen kommunistischen Splitterkandidaten folgen, wenn die wirkliche Entscheidung nur zwischen zwei Männern fällt, zwischen de Gaulle und Defferre.

Perspektiven

Der große französische Wahlkampf 1965 hat schon jetzt begonnen. Es wäre gewagt, über den möglichen Ausgang der Wahlen bereits heute Voraussagen zu machen. Zu viele Faktoren sind im Spiel, so der allgemeine Trend in Europa und in der ganzen Welt, die sozialen Krisenerscheinungen in Frankreich, die persönliche Rolle de Gaulles, die aussenpolitischen Umwälzungen.

Die westeuropäische Entwicklung geht, wie es auch bei den letzten Wahlen in England und in der Bundesrepublik festzustellen war, nach links; das wirkt sich auch in Frankreich aus. Davon abgesehen führt die Sozialpolitik und die Agrarpolitik des gaullistischen Regimes schon seit einigen Jahren zu einer latenten Radikalisierung der Arbeitnehmer und Bauern. Eine Zeitlang befand sich Frankreich sogar am Rand einer kommunistisch gelenkten Volksfront; diese Gefahr ist derzeit hauptsächlich durch die Kandidatur Gaston Defferres gestoppt, könnte aber wieder akut werden. Andererseits kann man annehmen, daß das Regime unmittelbar vor den Wahlen einige Konzessionen macht, um die Wähler zu beeindrucken.

Wesentlich für den Wahlausgang im nächsten Jahr und überhaupt für die Zukunft der Fünften Republik ist die Anwesenheit oder Abwesenheit de Gaulles. Wie sehr das gegenwärtige System auf seine Person zugeschnitten ist und ausschließlich von ihm allein abhängt, zeigte zuletzt seine vierwöchige Südamerikareise, während der die französische Regierung vollständig gelähmt war; nur ein einziger Ministerrat trat zusammen mit einer vorher von de Gaulle festgelegten Tagesordnung, die über Routinefragen nicht hinausging. Ohne die persönliche Autorität de Gaulles hätte beispielsweise die gegenwärtige Bauernrevolte schon längst zum Sturz der Regierung geführt und wahrscheinlich auch eine Reihe von gaullistischen Abgeordneten in die Opposition gedrängt.

Die Wahlchancen werden also stark davon abhängen, ob de Gaulle persönlich kandidiert oder nicht. Die Sorgen der demokratischen Opposition gehen aber selbstverständlich über den Präsidentenwahlkampf hinaus und betreffen Frankreichs Schicksal nach de Gaulle. Wenn dieses "nach" eintritt, kann niemand wissen, die französischen Demokraten wollen aber für diese Zeit bereit sein.

Kein Franzose wünscht eine Rückkehr zu den Krisenerscheinungen der Vierten Republik. Sie könnten nur zu neuen Erschütterungen, faschistischen Gefahren und einer Neuauflage des 13. Mai 1958 führen. Bei aller Ablehnung des gegenwärtigen autoritären Stils und Bejahung der parlamentarischen Demokratie ist die französische Opposition heute weitgehend für eine stabile und gefestigte demokratische Republik, ungeführt nach amerikanischem Beispiel; der Präsident der Republik soll entsprechende Regierungsvollmachten haben, zugleich aber auch unter strikter parlamentarischer Kontrolle stehen. In diesen Punkten sind die verschiedenen Oppositionsparteien einander sehr nahegekommen.

Schließlich beeinflussen die weltpolitischen Umwälzungen in hohem Maße die französische Innenpolitik. Die gegenwärtige EWG-Krise, die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Paris und Bonn, die neue Annäherung zwischen Frankreich und der Sowjetunion sind, wie man jetzt bereits feststellen kann, keine kurzfristigen oder zufälligen Erscheinungen, sondern gehören offensichtlich zum gaullistischen Gesamtkurs, der einerseits nach Moskau und Peking steuert, andererseits zu den Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika führt. Die aussenpolitische Verständigung zwischen Paris und den kommunistisch regierten Ländern führt auch auf nationaler Ebene zu einer gewissen neuen gaullistisch-kommunistischen Annäherung.

Demgegenüber ist es wahrscheinlich, daß die demokratischen Linken- und Mittelparteien, die schon in der Vierten Republik den Atlantikpakt und Europa gegen die gaullistisch-kommunistische Einheitsfront zu verteidigen hatten, auch in der Fünften Republik enger zusammenrücken werden.